

Kapitel 6: Solidarität sichern



45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 24.08.2020
Tagesordnungspunkt: GSP-S Solidarität sichern

Antragstext

1 Kapitel 6: Solidarität sichern

2 Sicherheitsversprechen

3 (274) Es braucht ein neues soziales Sicherheitsversprechen. Ein starkes soziales Netz ist
4 die Grundlage für persönliche Entfaltung und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Soziale
5 Politik schafft Teilhabe. Dafür braucht es soziale Infrastruktur, Orte des Miteinanders,
6 diskriminierungsfreie Zugänge sowie gleichwertige Lebensverhältnisse. Eine gute
7 Daseinsvorsorge ist Voraussetzung für Zusammenhalt.

8 (275) Freiheitsrechte bleiben ein Privileg von wenigen, wenn die sozialen Voraussetzungen
9 nicht beachtet werden. Das Grundgesetz soll deshalb um soziale Grundrechte ergänzt werden.

10 (276) Die weitere Angleichung der Lebensverhältnisse in der Europäischen Union ist eine
11 Voraussetzung für eine von allen positiv erlebte Freizügigkeit. Europa braucht daher
12 Investitionen in sozialen Zusammenhalt und Klimaschutz und keine destruktive Sparpolitik.
13 Sie hat die Europäische Union in der Vergangenheit auseinandergetrieben.

14 Arbeit

15 (277) Für die meisten Menschen ist Erwerbsarbeit mehr als Existenzsicherung. Arbeit stiftet
16 Sinn, man gehört dazu, bringt etwas voran. Erwerbsarbeit in Vollzeit muss immer so viel wert
17 sein, dass man davon auskömmlich leben kann. Arbeit umfasst aber auch Sorge- und
18 ehrenamtliche Arbeit, die für eine funktionierende Wirtschaft unerlässlich ist. Auch diese
19 Arbeit muss mehr Anerkennung erfahren und aufgewertet werden.

20 (278) Jeder Mensch muss von seiner Arbeit leben können und darf nicht ohne soziale
21 Absicherung sein. Dafür braucht es ein starkes Arbeitsrecht. Dazu zählen faire Löhne, ein
22 armutsfester Mindestlohn, Lohngleichheit bei gleicher und gleichwertiger Arbeit, klare
23 Vorgaben zu Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie die Regelung von Arbeitszeiten. Das
24 Arbeitsrecht muss auch in digitalen Arbeitsmodellen und Unternehmen vollständig gelten und
25 gestärkt werden.

26 (279) Die Vertretung von Arbeitnehmer*innen-Interessen durch Gewerkschaften und
Betriebsräte
27 gilt in allen Unternehmen und Branchen. Die Sozialpartnerschaft muss auch im Wandel bewahrt
28 und ausgebaut werden. Für ihre Lebensplanung brauchen Menschen Verlässlichkeit, auch im
29 Erwerbsleben. Dazu gehören ein effektiver Kündigungsschutz, Tariflöhne und, wo möglich,
30 unbefristete Arbeitsverträge. Die Tarifbindung muss gestärkt werden und die öffentliche Hand
31 soll dies bei ihrer Auftragsvergabe berücksichtigen. Starke Gewerkschaften sind dabei starke
32 Partner.

33 (280) Eine vielfältige Gesellschaft bringt immer vielfältigere Formen der Beschäftigung und
34 Arbeit hervor, oftmals jenseits der Festanstellung. Um Solo-Selbstständige zu unterstützen
35 und gleichzeitig in das Sozialsystem einzubinden und um prekäre Lebensverhältnisse zu
36 verhindern, sollen neue Sicherungsmodelle entwickelt werden. Solo-Selbstständigen soll der
37 Eintritt in die Gesundheits- und Rentenversicherung erleichtert werden und sie sollen die
38 Möglichkeit haben, sich gegen Arbeitslosigkeit zu versichern. Dabei haben die besonderen
39 Bedingungen des jeweiligen Berufsbildes Auswirkungen sowohl auf den Anspruch wie auf die
40 Auszahlung.

41 (281) Menschen mit Behinderung, die auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt arbeiten oder dort
42 arbeiten möchten, sollen die dafür notwendige Unterstützung erhalten. Menschen mit
43 Behinderung, die bislang in Werkstätten arbeiten, sollen bessere Möglichkeiten bekommen, in
44 den allgemeinen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu wechseln. Dafür sollen sich Werkstätten
45 weiter öffnen. Als echte Alternativen zu den Werkstätten sollen Integrationsunternehmen
46 ausgebaut werden. Das Ziel ist ein inklusiver Arbeitsmarkt.

47 (282) Die ökologische Transformation und der digitale Wandel ändern das Wirtschaften
48 grundlegend, und damit auch die Arbeit und die Arbeitsbedingungen. Die Hälfte der Kinder,
49 die in die Schule kommen, werden später in Berufen arbeiten, die es heute noch gar nicht
50 gibt. Die Digitalisierung der Arbeitswelt bietet Chancen und Risiken. Welche Tendenzen sich
51 durchsetzen, ist eine Frage der politischen Gestaltung. Ohne klare politische Steuerung
52 erleben wir neue Formen von Ausbeutung, Überforderung und Entfremdung, von Überwachung
53 und
54 ständiger Erreichbarkeit. Doch wenn die Transformation politisch organisiert wird, bietet
55 sie große Chancen für mehr Freiheit und Selbstbestimmung. Es gilt, die Möglichkeiten der
56 Digitalisierung zu nutzen, um schwere Tätigkeiten zu erleichtern.

56 (283) Neben Einkommen ist Zeithaben für viele Menschen ein immer größerer Wert. Die
57 Verfügbarkeit über die eigene Zeit schafft Lebenszufriedenheit. Die Steigerung der
58 Produktivität soll so genutzt werden, dass Menschen freier und souveräner agieren können.
59 Die Möglichkeit, selbst über die eigene Arbeitszeit zu bestimmen, gilt es zu stärken.
60 Gleichzeitig kann durch eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung Arbeit gerechter verteilt
61 werden, so dass alle Menschen mehr Zeit für sich selbst, ihre Familien, ihre Hobbys und für
62 gesellschaftliches Engagement haben. In Zeiten der Erziehung, Pflege und Weiterbildung
63 braucht es eine solidarische Unterstützung und Förderung.

64 (284) Die Veränderung der Arbeitswelt verlangt den Menschen viel ab: Flexibilität,
65 Umstellung, Anstrengung. Es braucht einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung, der solidarisch
66 finanziert wird. Für Menschen, die durch den Strukturwandel ihre Arbeit verlieren, gibt es
67 eine besondere gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Arbeitslosigkeit darf nicht zum
68 Ausschluss vom Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe führen.

69 (285) Homeoffice bietet viele Möglichkeiten der selbstbestimmten Arbeitsgestaltung. Das
70 Recht auf Homeoffice muss gestärkt werden und grundsätzlich einhergehen mit einem Recht
71 auf
72 einen Arbeitsort auch außerhalb der eigenen vier Wände. So wird die Gefahr einer
73 Doppelbelastung, insbesondere für Frauen und Mütter, gemindert.

73 (286) Arbeit soll sich stärker am Leben der Menschen ausrichten und nicht das Leben an der
74 Arbeit. Digitalisierung bietet die Möglichkeit für mehr Souveränität und Flexibilität. Dafür

75 ist mehr Mitsprache von Beschäftigten bei Umfang, Art und zeitlicher wie örtlicher Lage der
76 Arbeit nötig. Erwerbsarbeit darf nicht in andere Bereiche übergreifen. Überstunden müssen in
77 allen Bereichen erfasst und abgegolten werden.

78 (287) Menschen, die sich in sozialen und sorgenden Berufen um andere Menschen kümmern,
sind

79 das Rückgrat unserer Gesellschaft. Doch es fehlt ihnen oft an gesellschaftlicher Anerkennung
80 und guten Arbeitsbedingungen. Das betrifft vor allem Frauen. Ihre Leistung für das
81 Gemeinwesen muss aufgewertet und besser bezahlt werden. Das umfasst vor allem eine
bessere

82 finanzielle Ausstattung von kommunalen Einrichtungen sowie Investitionen in die
83 Daseinsvorsorge.

84 (288) Das System der dualen Ausbildung hat sich bewährt und ist eine wichtige Säule unserer
85 Arbeitswelt. Die Rechte von Auszubildenden müssen gestärkt werden und es braucht mehr
86 betriebliche Mitbestimmung. Ausbildungen umfassen Arbeit, sie muss gut entlohnt werden.

87 **Geschlechtergleichstellung**

88 (289) Noch immer bestehen große ökonomische und soziale Ungleichheiten zwischen den
89 Geschlechtern. Um Gleichberechtigung zu erreichen, ist das Arbeitsleben zentral. Das Prinzip
90 der gleichen Bezahlung für gleichwertige Arbeit muss durchgesetzt werden.

91 (290) Alleinerziehend zu sein ist oftmals trotz Arbeit ein hohes Armutsrisiko, überwiegend
92 für Mütter. Alleinerziehende müssen besonders vom Staat abgesichert werden.

93 (291) Durch zahlreiche Regelungen im Steuer- und Sozialrecht wird eine ungleiche Aufteilung
94 von Erwerbsarbeit zwischen Frauen und Männern gefördert. Statt den Trauschein zu fördern,
95 soll für künftig geschlossene Ehen eine individuelle Besteuerung gelten und stattdessen
96 sollen gezielt Kinder und Familien gefördert werden. Das Steuer-, das Arbeits- und das
97 Sozialrecht müssen auf gleichen Rechten beruhen und geschlechtsneutral wirken. Sie sollen
98 stärker an ökonomischer Unabhängigkeit ausgerichtet werden. Erwerbstätigkeit soll sich für
99 alle gleichermaßen lohnen.

100 (292) Nicht nur unser gesellschaftliches Zusammenleben, auch unser wirtschaftlicher
101 Wohlstand baut auf Sorgearbeit auf, die meistens unbezahlt oder unterbezahlt von Frauen
102 geleistet wird. Es gilt, die Voraussetzungen zu schaffen, damit diese Arbeit gerecht
103 zwischen den Geschlechtern verteilt werden kann. Insbesondere Kinderbetreuung und die
Pflege

104 von Angehörigen und Freunden sind keine Privatsache, sondern gesellschaftliche Aufgabe.

105 **Soziales Netz**

106 (293) Soziale Transferleistungen sollen durch eine Garantiesicherung nach dem Prinzip der
107 Bedarfsgerechtigkeit erfolgen. So soll jedem Menschen ein Leben ohne Existenzangst
108 ermöglicht werden. Die Leistungen werden möglichst dort erbracht, wo man lebt, und
109 berücksichtigen die konkrete Situation. Ihre Inanspruchnahme darf nicht durch bürokratische
110 Hürden in den Antragsverfahren faktisch verhindert werden.

111 (294) Mit der Garantiesicherung überwinden wir Hartz IV. Sie schafft neben dem
112 Existenzminimum die Möglichkeit zu sozialer und kultureller Teilhabe. Diese Garantie soll
113 ohne weitere Bedingungen für jeden Menschen gelten, dessen eigenes Einkommen und

Vermögen

114 nicht ausreicht. Die Garantiesicherung schützt vor Armut. Eigenes Tätigwerden muss sich
115 immer lohnen und honoriert werden.

116 (295) Existenzsichernde Sozialleistungen sollen Schritt für Schritt zusammengeführt und
117 langfristig soll die Auszahlung in das Steuersystem integriert werden. So schaffen wir einen
118 transparenten und einfachen sozialen Ausgleich. Verdeckte Armut wird überwunden.

119 (296) Ein starkes soziales Sicherungssystem gibt es nur mit einem sozialen Europa. Die
120 Währungsunion muss um einen sozialen Binnenmarkt erweitert werden, damit die Schieflage
121 zwischen weitreichenden wirtschaftlichen Freiheiten und wenig entwickelten Arbeits- und
122 Sozialstandards in der EU korrigiert wird. Dafür braucht es gemeinsame soziale Standards,
123 wie etwa zu Mindestlohn und Grundsicherung, sowie eine europaweite
124 Arbeitslosenrückversicherung.

125 (297) Einer Gesellschaft mit hoher Gleichheit geht es fast immer besser als einer
126 Gesellschaft mit hoher Ungleichheit. Dennoch hat die soziale Ungleichheit zugenommen.
127 Ungleiche Vermögen führen zu ungleichen Einkommen und ungleichen Lebenschancen, die sich
128 über Generationen vererben. Das bedeutet finanzielle Not für viele Menschen, einen Verlust
129 an Zufriedenheit, es treibt die Menschen auseinander und schadet dem friedlichen
130 Zusammenleben und der wirtschaftlichen Stabilität. Das Steuersystem soll Ungleichheit
131 reduzieren. Es braucht eine gleichere Verteilung von Einkommen, Vermögen, Erbschaften und
132 Chancen und die Verbesserung der öffentlichen Infrastrukturen, die sozialen Zusammenhalt und
133 Teilhabe schaffen.

134 (298) Gerade bei Kindern und Jugendlichen führen eine ungleiche Verteilung von Einkommen
und
135 Vermögen sowie ungleiche Bedingungen je nach Wohnort oder Zugang zum Bildungssystem zu
136 ungleichen Lebenschancen. Alle Kinder brauchen funktionierende und zugängliche öffentliche
137 Orte wie Kitas und Schulen oder Sportvereine, Schwimmbäder und Bibliotheken. Kein Kind in
138 unseren reichen Gesellschaften darf arm oder ein Armutsrisiko für Eltern sein. Jedes Kind
139 ist gleich viel wert. Das soll über eine Kindergrundsicherung garantiert werden.

140 (299) Es gilt, die soziale Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge in ganz Europa
141 gemeinsam auszubauen und im Sinne geteilter Gemeingüter zu stärken.

142 Rente

143 (300) Solidarität lebt davon, dass sich alle an ihr beteiligen. Die Sozialversicherungen
144 sollen deshalb zu Bürgerversicherungen weiterentwickelt werden, so dass alle Menschen vom
145 Schutz der Sozialversicherungen profitieren und sich entsprechend ihren Einkommen, egal ob
146 aus selbstständiger Arbeit, Lohn oder Zins, solidarisch beteiligen.

147 (301) Das Umlagesystem der Rentenversicherung sichert als Generationenvertrag die
148 Altersvorsorge. Gleichzeitig stehen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung durch die
149 strukturelle Alterung der Gesellschaft vor großen Herausforderungen. Oberste Priorität ist,
150 die Altersarmut zu verhindern und ein lebensstandardsicherndes Rentenniveau zu erhalten.
151 Langjährig in der gesetzlichen Rentenversicherung Versicherte dürfen im Alter nicht auf
152 Leistungen der Grundsicherung angewiesen sein.

153 (302) Die Einwanderung von Arbeitskräften, eine steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen
154 sowie eine breitere Solidarität über eine Bürgerversicherung helfen dabei, das Rentenniveau
155 langfristig abzusichern. Auch die Abschaffung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und das
156 Vermeiden prekärer Erwerbsbiographien trägt dazu bei, Altersarmut zu vermeiden.

157 (303) Private und betriebliche Altersvorsorge können die gesetzliche Rente sinnvoll
158 ergänzen. Die kapitalgedeckten Säulen der Altersvorsorge sollen künftig öffentlich
159 organisiert und verwaltet werden. Jede*r, die oder der nicht widerspricht, soll sich daran
160 beteiligen. So wird eine attraktive Rendite auch für Kleinanleger*innen erzielt.